

Pressemitteilung des Vereins „Braunkohle-Nein“ e.V., Lübtheen
vom 2. April 2007

Dilettantische Braunkohlepolitik der Landesregierung M-V gefährdet den Fortbestand der Griesen Gegend und stärkt die NPD

[Lübtheen] Wer am letzten Mittwoch (28.3.) im Schweriner Schloss Zuhörer der 14. Plenarsitzung des Landtages war, konnte glauben, einem verfrühten Apriilscherz aufgesessen zu sein. Nein, es war nicht die einhellige Ablehnung eines NPD-Antrages für einen Landtagsbeschluss gegen das geplante Braunkohletagebauvorhaben in Lübtheen durch die Abgeordneten von SPD, CDU, PDS und FDP. Diese Ablehnung war politisch vorhersehbar.

Aber die Begründung, mit dem der Landtagsbeschluss abgelehnt wurde, verwunderte schon sehr. Landwirtschafts- und Umweltminister Till Backhaus (SPD) sprach zwar davon, dass das Braunkohletagebauvorhaben der MIBRAG mbH von allen demokratischen Parteien abgelehnt werde. Ein Landtagsbeschluss dagegen sei nach Auffassung von Minister Backhaus jedoch ein „in der Sache untauglicher Versuch“, das Vorhaben abzuwenden. Backhaus verwies stattdessen auf den Koalitionsvertrag, in dem vereinbart wurde, dass ein Braunkohleabbau in der Griesen Gegend nicht weiter verfolgt werde, weil er der touristischen Entwicklung des Landes widerspreche.

Verwunderung löst diese Begründung aus, weil Minister Backhaus bei einer anlässlich des Landtagswahlkampfes veranstalteten Podiumsdiskussion in Lübtheen am 20.08.2006 noch vollmundig ankündigte, dass die Einbringung eines Landtagsbeschlusses gegen das Lübtheener Braunkohlevorhaben eine der ersten Handlungen der neu gewählten Landesregierung sein werde. Diesem populistischen Wahlversprechen sind bis heute keine Taten gefolgt. Noch im Februar 2007 erklärte Herr Backhaus gegenüber dem Vereinsvorstand „Braunkohle-Nein“ e.V., man werde dem NPD-Antrag die Zustimmung verweigern, arbeite aber an einem „noch besseren“ Antrag für einen Landtagsbeschluss.

Davon ist nun keine Rede mehr, stattdessen wird ein solcher Beschluss plötzlich als „untauglich“ abqualifiziert. Woher kommt dieser plötzliche Sinneswandel, dass ein bisher als notwendig angesehener Landtagsbeschluss als untauglich zurückgewiesen wird?

Ein politisches Signal des Landtages an die MIBRAG mbH, wonach ein Braunkohletagebauvorhaben in Mecklenburg-Vorpommern nicht willkommen ist, ist alles andere als untauglich. Dies belegt ein Blick nach Sachsen: der im Südleipziger Braunkohlerevier „Vereinigtes Schleenhain“ gelegene Ort Heuersdorf fällt gegenwärtig nur deshalb den riesigen Braunkohlebaggern der MIBRAG zum Opfer, weil die sächsische Landesregierung und der sächsische Landtag zuvor durch das sog. „Heuersdorf-Gesetz“ die rechtlichen Rahmenbedingungen für eine Devastation geschaffen haben. Der sächsische Staatsgerichtshof konnte im zweiten Anlauf dem Heuersdorf-Gesetz aufgrund der bestehenden Rechtslage die Rechtmäßigkeit nicht mehr absprechen, um so die Abbaggerung des Ortes in letzter Minute noch zu verhindern.

Wenn Minister Backhaus der Landespolitik M-V eine Einflussnahme auf einen Lübtheener Braunkohletagebau durch einen Landtagsbeschluss abzusprechen versucht, sucht man nach der Motivation für eine derartige Haltung.

Der Verweis auf den Koalitionsvertrag von SPD und CDU ist jedenfalls nicht geeignet, das Fehlen eines Landtagsbeschlusses zu kompensieren. Ein Koalitionsvertrag ist nur eine politische Absichtserklärung von Regierungspartnern ohne rechtlich bindende Außenwirkung und bedarf der politischen Umsetzung. Wenn die Vereinbarungen im Koalitionsvertrag von den Regierungsparteien nicht umgesetzt werden, sind sie das Papier nicht wert, auf dem sie geschrieben stehen. Dies sollte den Abgeordneten bekannt sein.

Zurückzuführen ist die passive Haltung der Landesregierung zur Braunkohleproblematik offenkundig auf die Tatsache, dass die NPD im Schweriner Landtag die fortdauernde Untätigkeit der Landesregierung für sich ausgenutzt und zum Anlass genommen hat, um durch einen eigenen Antrag gegen das Braunkohletagebauvorhaben Druck auf die Landesregierung und die Landtagfraktionen auszuüben. Und wie reagieren die demokratischen Parteien im Landtag auf diesen Druck? Sie setzen sich aus politischer Opportunität nicht konstruktiv-argumentativ damit auseinander, sondern verkriechen sich beleidigt in ihrem „Schneckenhaus“ Landtag und lassen die Menschen in der Griesen Gegend mit ihren Problemen und Sorgen um einen drohenden Braunkohletagebau allein.

Dies hat verheerende politische Auswirkungen. Sofern sich bei den Bürgerinnen und Bürgern (nicht nur) der Griesen Gegend der bereits aufgedrängte Eindruck noch verstärken wird, dass es nur die von der NPD sind, die sich in M-V als einzige Partei aktiv gegen das drohende Braunkohletagebauvorhaben zur Wehr setzen, wird ihnen dies einen weiteren Zulauf von Wählerstimmen bei den kommenden Wahlen beschern. Die dilettantische Braunkohlepolitik der Landesregierung bewirkt durch die Stärkung der NPD und ihrer Politik also genau das Gegenteil von dem, was beabsichtigt war.

Dazu passt, dass Wirtschaftsminister Jürgen Seidel (CDU) es nicht für nötig hielt, sich durch eine eigene Stellungnahme in die Aussprache im Landtag einzubringen. Gerade von Minister Seidel wäre eine Stellungnahme zur Braunkohleproblematik angezeigt gewesen, da der Braunkohleabbau in sein Ressort fällt und er seinerzeit gegen einen Kabinettsbeschluss der MIBRAG mbH die Aufsuchungserlaubnis zu den umstrittenen Erkundungsbohrungen erteilt hatte.

Auch aus umwelt- und energiepolitischer Sicht ist der Aufschluss eines neuen Braunkohletagebauvorhabens in Lübtheen und der damit einhergehende Bau neuer Braunkohlekraftwerke ökonomisch wie ökologisch überflüssig und nicht zu rechtfertigen. Hier ist zu bedenken, dass Kohlekraftwerke in Deutschland derzeit über 45 % (Braunkohlekraftwerke 23,9 %, Steinkohlekraftwerke 21,4 %) des gesamten CO₂-Ausstoßes verursachen. Zum jetzigen Zeitpunkt ist allein in Deutschland der Neubau von ca. 25 - 30 neuen Braunkohlekraftwerken geplant, die Laufzeitgenehmigungen dieser neuen „Dreckschleudern“ wirken bis ins Jahr 2065 und später hinein.

Da mutet es schon sonderlich an, wenn sich der Landtag auf einen Antrag der SPD und der CDU nur einen Tag nach dem gescheiterten Landtagsbeschluss mit dem Thema Klimaschutz und Folgen des Klimawandels in Mecklenburg-Vorpommern auseinandersetzt, dies in der Stellungnahme von Minister Backhaus zum NPD-Antrag aber nicht einmal erwähnt wurde.

Wir fordern, dass von der bisher fragwürdigen Braunkohlepolitik der Landesregierung und der passiven Haltung der Landtagsfraktionen der bürgerlichen Parteien zukünftig weder eine Stärkung der NPD noch eine Gefährdung des Fortbestandes der Griesen Gegend, seiner Menschen und Unternehmen, ausgehen darf.

Wir fordern die Landesregierung und alle Landtagsfraktionen dazu auf, sich im Rahmen eines Landtagsbeschlusses einhellig gegen das Braunkohletagebauvorhaben der MIBRAG mbH auszusprechen und ihren politischen Einfluss gegen das Braunkohletagebauvorhaben einzusetzen, damit die Griesen Gegend eine Zukunft hat.

Verein „Braunkohle-Nein“ e.V. - Der Vorstand

Lübtheen, 2. April 2007